

Pressemitteilung

Presse und
Öffentlichkeitsarbeit

BDI zum Ausgang des britischen Referendums:
Alarmsignal für mehr Geschlossenheit und
Zusammenarbeit

- Entscheidung trifft Wirtschaft hart und unmittelbar
- Jetzt geht es um maximale Schadensbegrenzung für Unternehmen, Beschäftigte und Einkommen
- Binnenmarkt vertiefen und Investitionen vorantreiben

Seite
1 von 2

19/2016
24. Juni 2016

„Wir bedauern zutiefst das Ergebnis des Referendums. Das Resultat ist ein Alarmsignal an uns Europäer, die EU wettbewerbsfähiger zu machen.“ Das sagte BDI-Hauptgeschäftsführer Markus Kerber am Freitag in Berlin zum Ausgang des britischen Referendums. „Die Entscheidung schwächt das Vereinigte Königreich selbst, die EU und Deutschland – und zwar politisch wie wirtschaftlich.“

Kerber zufolge stehen die Beziehungen zum Vereinigten Königreich nun vor einem Neustart. „Das Leitmotiv für die Austrittsverhandlungen muss lauten: maximale Schadensbegrenzung für unsere Unternehmen, für unsere Beschäftigten und ihre Einkommen.“ Die EU müsse in den kommenden zwei Jahren straffe Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich führen. Viele Fragen, etwa des Marktzugangs, zu regulatorischen Standards oder zur Mobilität von Beschäftigten, seien nun neu auszuhandeln.

Der drohende Verlust des Zugangs zum Binnenmarkt werde die britische Wirtschaft und deutsche Unternehmen mit Geschäft im Vereinigten Königreich nach Schätzungen des BDI „hart und unmittelbar“ treffen: „Wir erwarten in den kommenden Monaten einen deutlichen Rückgang des Geschäfts mit den Briten“, unterstrich Kerber. „Der bilaterale Handel dürfte

**Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.**
Mitgliedsverband
BUSINESSEUROPE

Telekontakte
T: 030 2028-1450
F: 030 2028-2450

Internet
www.bdi.eu

E-Mail
Presse@bdi.eu

Twitter: Der_BDI
YouTube: bdiBerlin
facebook: Bundesverband-der-
Deutschen-Industrie-e-V

leiden. Neue deutsche Direktinvestitionen auf der Insel sind kaum zu erwarten.“

Seite
2 von 2

Nahezu 400.000 Menschen arbeiten im Vereinigten Königreich in Niederlassungen deutscher Unternehmen. „Die Beschäftigten stehen vor unsicheren Zeiten, sie erwarten eine gute Vereinbarung so rasch wie möglich“, sagte Kerber. Wahrscheinlich besonders betroffen sind laut BDI der Automobil- und der Energiesektor, die Telekommunikationsbranche, die Hersteller von Elektronik, die Metallproduktion, der Einzelhandel und Finanzdienstleister.

Der BDI forderte von der EU und den nationalen Regierungen unmissverständliche Signale für mehr Geschlossenheit und den Willen zur Zusammenarbeit: „Ob in Brüssel, Paris oder Berlin – jetzt müssen alle zusammen arbeiten, um die EU gemeinsam stärker und für alle EU-Bürger überzeugender zu machen“, forderte Kerber.

Der Schlüssel für Wachstum und Beschäftigung in Europa liege in der EU: „Indem wir den europäischen Binnenmarkt weiter vertiefen – bei digitalen Dienstleistungen, auf dem Kapitalmarkt oder mit der Energieunion – werden die Vorteile der europäischen Idee greifbar.“ Zudem sei die europäische Investitionsoffensive weiter voranzutreiben. „Investitionen in moderne Verkehrs-, Energie- und Kommunikationsnetze sind zwingend erforderlich, um Europas Binnenmarkt mit Leben zu erfüllen und Arbeitsplätze zu schaffen.“